

 <p>Bündnis 90/Die Grünen Ratsfraktion Korschenbroich</p>	<h2 style="text-align: center;">Rede zum Haushalt 2006</h2> <p style="text-align: center;">(Redemanuskript, es gilt das gesprochene Wort)</p>	<p>Wolfgang Houben Fraktionsvorsitzender</p> <p style="text-align: right;">Sperrfrist: Di. 7.03.2006 18⁰⁰</p>
--	---	--

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
sehr verehrte Damen und Herren der Verwaltung und der Presse,
liebe Ratskolleginnen und Kollegen,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Neue Wege gehen! So lautete die Überschrift meiner Rede zum Haushalt im letzten Jahr. Ist dies geschehen? Mehr als ein Jahr Zusammenarbeit **Bündnis 90/DIE GRÜNEN**, CDU und UWG als gestaltende Mehrheit liegt hinter uns. Grund genug, Bilanz zu ziehen und zu fragen: werden wir diesem Anspruch gerecht? Um das Ergebnis vorwegzunehmen: nur teilweise.

Grundlage der Zusammenarbeit ist die uns selbst gestellte Aufgabe der an Sachthemen orientierten Arbeit. Neu für uns **Grüne** ist es, plötzlich bei vielen Entscheidungen auf der Seite der Mehrheit zu sein. Viel Kritik hat uns dies eingebracht, öffentlich, wie auch in der eigenen Partei. Wir alle mussten viel lernen. Doch schon bald zeigte sich, dass es funktioniert, wenn alle Beteiligten das Ziel, die Situation der Stadt zu verbessern, im Auge haben. Unser Eindruck ist, dass die Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion verstanden haben, dass eine Mehrheit in der Sache nur mit den Partnern zu erreichen ist. Bei Bürgermeister und Verwaltung ist dies noch nicht ganz verinnerlicht, aber wir arbeiten daran.

Der Lernprozess hat viel Zeit gekostet und sicher auch dazu geführt, dass verschiedene Themen, die wir uns für dieses Jahr vorgenommen hatten, nicht abgearbeitet wurden. Ich will da aus dem Haushaltsbegleitbeschluss des vergangenen Jahres nur das Thema ÖPNV nennen, dessen wir uns erneut annehmen müssen.

Neue Wege gehen! Darum ging's! Wir haben uns auf den Weg gemacht, sind die ersten Schritte gegangen und unsere gemeinsame Klausur in Nikolauskloster hat gezeigt, dass wir dies zusammen können. Immer orientiert am Ziel, die Situation der Stadt zu verbessern, nicht daran, die Unterschiede zwischen **Bündnis 90/DIE GRÜNEN**, CDU und UWG zu verwischen.

Doch lassen Sie mich den Blick auf die Stadt lenken. Geklagt und gejammert wird allenthalben, aber Korschenbroich entwickelt sich positiv weiter. Korschenbroich, „hier lässt's sich leben!“ der Slogan auf Stadtbroschüre und Webseite gilt durchaus. Die Pluspunkte aus unserer Sicht sind im Einzelnen:

- Bautätigkeit
 - Im ganzen Stadtgebiet wird eifrig gebaut, besonders die Baugebiete „Eickerender Feld“ und „Auf den Kempen“ sind da zu nennen, obwohl es dort „Aktive“ Gegenwerbung gab.
- Windparks Nord und Süd
 - Der Windpark Nord ist seit Dezember in Betrieb. Für den Windpark Süd liegt die Genehmigung vor. Zu Windenergie später mehr.
- Solaranlagen
 - Übers ganze Stadtgebiet verstreut wurden von Privaten zahlreiche Photovoltaik-Anlagen errichtet.
 - Von BUND und Bürgerforum Kleinenbroich im vergangenen Jahr angestoßen, erfolgte gestern die Gründung der „Bürgersolar Korschenbroich GbR“ in der sich Bürger unserer Stadt zum Bau einer Photovoltaik-Anlage zusammenschließen.

- Biogasanlage
 - Ein Antrag zum Bau einer Biogasanlage liegt bei der Bezirksregierung vor. **Bündnis 90/DIE GRÜNEN** sehen darin auch einen Schritt in die richtige Richtung.
- Stadtentwicklungskonzept und Bodenmanagement
 - Mit dem vorliegenden Stadtentwicklungskonzept und der Einführung des Bodenmanagements im vergangenen Jahr, hier haben **Bündnis 90/DIE GRÜNEN** intensiv mitgearbeitet, haben wir die Werkzeuge zur planvollen Entwicklung unserer Stadt geschaffen.

Aber es gibt nicht nur Positives zu vermelden, ganz und gar nicht. Zu den Problemen zählen:

- Das Grundwasser
 - Nach wie vor keine Lösung in Sicht. Die solidarischen Notmassnahmen in Herrenshoff und Raderbroich laufen und funktionieren. Die Ergebnisse der Kreisgrundwasserkommission sind wenig ermutigend. Sie hat auch nur wenige Möglichkeiten. Notwendig ist die Ermöglichung einer Satzungslösung durch Schaffung der gesetzlichen Grundlagen auf Landesebene.
- Die Straßenbaupläne der Stadt Mönchengladbach
 - Bei den Planungen zur L19 und dem vierspurigen Ausbau der Korschenbroicher Straße bis aufs Korschenbroicher Stadtgebiet müssen wir als Stadt Einfluss auf die Planungen nehmen.
- Der Verkehrslandeplatz Mönchengladbach
 - Gut gelaufen im vergangenen Jahr, kann man da nur sagen. Im Erörterungstermin hat sich die Verwaltung gut geschlagen. Die Zusammenarbeit mit den anderen Kommunen und dem Kreis war gut. Auch die Ablehnung der GEP-Änderung im Regionalrat ging in die richtige Richtung. Dass die HochTief-AG kein Interesse am Ausbau zeigt ebenfalls. Nur, erledigt ist das Thema nicht, es gilt weiter, wachsam zu sein.

Soweit der Blick auf den Augenblick gerichtet, doch wie geht's weiter? Für das kommende Jahr stehen neu auf dem Programm:

- Veräußerung von städt. Immobilien zum Schuldenabbau, dazu gehören:
 - die „Alte Schule“ in Glehn,
 - die Umgestaltung des Geländes der Grundschule in Glehn,
 - die Aufgabe verschiedener Spielplätze, wenn sie entbehrlich sind,
 - die Verlagerung der Tennisplätze in Kleinenbroich,
 - die Veräußerung von Wohngebäuden in städt. Eigentum,
 - sowie der Verkauf bebaubarer Freiflächen
 - und die Aufgabe der städt. Beteiligung an der Reha Bau GmbH, wenn dies wirtschaftlich sinnvoll möglich ist.
- Die Erhebung von Nutzungsgebühren für städtische Einrichtungen wie
 - Schwimmbad,
 - Sporthallen und Sportplätze
 - und Bürgerhäuser sowie
 - eine weitere Beteiligung der Schützenvereine, Bruderschaften und anderen Veranstaltern an den bisher von der Stadt getragenen Kosten.

- Die Prüfung durch die Verwaltung, ob
 - durch die Übertragung der Friedhöfe an den Eigenbetrieb Stadtpflege und
 - die Überführung des Gebäudemanagements in einen EigenbetriebEinsparungen erzielbar sind.

All diesen Maßnahmen ist gemeinsam, dass sie zur Senkung der Schulden und zur Reduzierung von Kosten führen werden.

Zu einigen der Vorschläge und zum „Drumherum“ muss etwas gesagt werden!

Nutzungsgebühren: Die Erhebung von Nutzungsgebühren trifft alle, auch politische Parteien, die städtische Einrichtungen und Anlagen bisher kostenfrei genutzt haben. Wir wollen die Vereine in der Stadt weiterhin im Rahmen der Möglichkeiten fördern. Einen Teil, der nicht unerwähnt bleiben sollte, übernimmt dabei die Sparkassenstiftung. Die Vereine sollen aber auch angemessen an den Kosten der Einrichtungen beteiligt werden. Das von der Verwaltung ausgearbeitete Modell orientiert sich dabei im Wesentlichen an den Energiekosten und gibt den Vereinen die Möglichkeit ihren Beitrag durch gezielte Maßnahmen zu beeinflussen. Eine Erdrosselung der Vereine, wie die FDP sie mit erstmal 10% der Gesamtkosten der Sportanlagen, das macht mit immerhin ca. € 150.000 mehr als das Dreifache des von uns vorgeschlagenen Modells aus, lehnen wir ab.

Bürgerhäuser: Wir sind für den Erhalt der Bürgerhäuser in der Stadt. Sandbauernhof in Liedberg, Alte Schule in Korschenbroich, Altes Rathaus in Glehn und die Bahnhöfe sind für uns wertvolle Versammlungsorte und kulturelle Kristallisationspunkte.

Verwaltungsnebenstellen: Wir sind für den Erhalt der Verwaltungsnebenstellen im Alten Rathaus Glehn und im Bahnhof Kleinenbroich. Bei allen Mängeln (man kann dort nicht wirklich alles erledigen wie im Bürgerbüro Korschenbroich und sie sind nur zeitweise besetzt) sind sie wichtige Anlaufstellen für die Bürger in diesen Stadtteilen. Wer uns wie die FDP vorrechnen will, man könne durch die Schließung eine sechsstellige Summe im Haushalt einsparen, disqualifiziert sich selbst.

Grundwasser: Ich will versuchen, es möglichst kurz auf den Punkt zu bringen. Die Ergebnisse der Kreisgrundwasserkommission zeigen, dass es für eine große einheitliche Lösung weder die rechtlichen Voraussetzungen noch die notwendigen Partner zur Finanzierung gibt. Wenn man es sich genau ansieht, ist es auch unsinnig, alle neuen Gebäude sind bautechnisch geschützt und schon jetzt viele vorhandene Gebäude ertüchtigt. Auch ökologisch ist das Abpumpen und Wiederversickern Unsinn. Ich verschweige ja nicht, dass auch wir **Bündnis 90/DIE GRÜNEN** diesen Lösungsweg unterstützt haben. Man muss allerdings auch den Mut haben, sich von Nichtrealisierbarem zu verabschieden. Wir sollten tun, was wir auch tun können. Kleinräumige Maßnahmen wie Herrenshoff und Raderbroich vielleicht auch an anderen Stellen gehören dazu. Wenn es für Kleinenbroich punktuell Lösungen ohne Wiederversickerung (Stichwort Dargebot) geben sollte, auch dies. Für uns ist auch die 80/20 Regelung kein unumstößliches Gesetz, für die Betriebskosten, insbesondere bei den Notmaßnahmen ist sie allerdings akzeptabel. Wir wollen versuchen eine Unterstützung für die Realisierung bautechnischer Ertüchtigung auf den Weg zu bringen. Noch ist unklar, wie dies genau geschehen kann, wir wollen jedoch einen Weg suchen.

Soweit zum Stand der Dinge und den Zielen fürs nächste Jahr. Doch, haben sich auch die Anderen auf den Weg gemacht? Mit Kritik an der gestaltenden Mehrheit haben sie nicht gespart, aber was tun sie selbst?

Die Aktive, ist sie endlich aufgewacht aus ihrem Siegestaumel? Wohl kaum. Der Umweltausschuss, heute auch für Grundwasser zuständig, tagt nun unter der Leitung des Aktiven Külbs länger und länger, fast vier Stunden pro Sitzung. Doch mit welchem Ergebnis? Ohne! Die Anträge der Aktive käuen längst abgehandelte Themen wider, werden am Ende zurückgezogen, können nicht abgestimmt werden, weil sie längst erledigt sind. Dann schelten sie die Experten ohne es besser belegen zu können, usw. und so fort. Politik wird nicht dadurch besser, dass sie länger dauert. Beim Thema Grundwasser hat uns die Aktive im Rat keinen

Schritt weitergebracht. Sie kultiviert die alte Frontstellung, hier die Aktive mit der einzigen Wahrheit, dort die CDU mit der Schuld am Hacken. Und weil's so viel Freude macht, haut man auf die **Bündnisgrünen**. Nicht, dass es mir etwas ausmacht, schließlich sind die Anhänger der Aktive nicht gerade potenzielle Grün-Wähler. Nur weiter bringt uns das nicht.

Ich erinnere mich sehr gut an einen Gesprächstermin im Spätherbst 1999 mit Herrn Hubert von Grabczewsky, damals Galionsfigur der Grundwasserbewegung und Verfechter der „großen hydraulischen Lösung“, heute Lobbyist für bautechnische Gutachten und Maßnahmen. Er kritisierte damals das Vorgehen der BI gegen Fluglärm in der Stadt als Larifari und ineffektiv. Er werde das Thema Grundwasser anpacken, in zwei Jahren durchklagen und dann sei das Problem vom Tisch. Wir alle wissen, dass es so nicht gehen konnte. Viele in der Wählergemeinschaft „Die Aktive“ haben dies immer noch nicht verstanden, oder wollen es nicht verstehen. Wenn sie dies nicht bald nachholen, sind sie überflüssig.

Die SPD, schwach wie nie, sonnt sich (immer noch) im vorgeblichen Sieg, den Bürgermeister in die Stichwahl gezwungen zu haben. Nur übersieht sie dabei, dass es die Aktive war, deren Wahlergebnis dies bewirkte. Ansonsten kommen von der SPD nur wortreiche Belehrungen zu Themen, die man auch schneller abarbeiten könnte. In den Haushaltsberatungen z.B. Besoldungsrecht für Anfänger in 45 Minuten, für mich in der Länge verzichtbar.

Die FDP bringt auch nichts Neues, ihre Haushaltsanträge sind jetzt im kopierfähigen Stadium angekommen, will sagen was im nächsten Jahr kommt, wissen wir schon, ahnen war gestern.

Zum Thema Windenergie wie versprochen noch ein wenig mehr. In den letzten Wochen hat sich am Beispiel Dormagen gezeigt, dass der in Korschbroich eingeschlagene Weg, Konzentrationszonen auszuweisen, richtig war. Die Windkraftanlagen standen hier in Korschbroich von Anfang an in der Kritik, besonders bei der FDP. Auch die Aktive nutzte die Chance, hier einige Wählerstimmen zu fangen. Übler da schon die SPD, die sich dem aus der CDU kommenden „Keiner von uns hat die Windräder gewollt!“ anschloss. Übel, warum? Weil gleichzeitig Rot/Grün in Land und Bund sich für Erneuerbare Energien, auch für Windkraft einsetzte.

Zur Sache: Erneuerbare Energien (einschließlich Wasserkraft) tragen (Stand 2004) mit 9% zur Stromerzeugung bei (Quelle: Die Zeit). Strom aus Windkraftanlagen liefert bereits (Stand 2005) 4,3% der gesamten Stromerzeugung (Quelle: BMU).

Der Vorwurf dies alles sei nicht wirtschaftlich, nur durch Subventionen möglich, trifft nicht. Wirtschaftlichkeit ist nur eine Frage des Preises und der steigt für Strom beständig an. Es ist also 1. nur eine Frage der Zeit bis Strom aus Windkraft auch ohne Abnahmegarantie rentabel ist, 2. sichert die Branche heute bereits tausende Arbeitsplätze und 3. trägt zu einem guten Teil zu unseren Exporten bei, da Deutschland nicht zuletzt als Folge **GRÜNER** Politik Weltmarktführer auf diesem Gebiet ist. Wer also wie FDP und Aktive Politik gegen Windkraftanlagen macht, schadet Land und Wirtschaft.

Der von der Verwaltung vorgelegte Haushalt, zusammen mit dem Begleitbeschluss der gestaltenden Mehrheit ist ein Baustein auf dem Weg zur Konsolidierung. **Bündnis 90/DIE GRÜNEN** stimmen dem Haushaltsplan 2006 und der 5. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzepts 2001 zu.

In diesem Jahr nur ein Zitat und das hier am Schluss meiner Rede:

Beide schaden sich selbst: Der zuviel verspricht und der zuviel erwartet.
(Gotthold Ephraim Lessing)

Ich danke für Ihre Geduld und Ihre Aufmerksamkeit.